

Sitzungs-Datum
5. Juni 2024Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 UhrSitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /
Gemeinderat**SITZUNGSTEILNEHMER**

Sitzungsteilnehmer		Bemerkung / Vertretung
Zenglein, Andreas	1. Bürgermeister	
Adams, Ingo	2. Bürgermeister	
Albert, Michael	Gemeinderat	
Fuchs, Christian	Gemeinderat	
Fuchs, Katja	Gemeinderätin	
Fuchs, Michael	Gemeinderat	
Großmann, Jürgen	Gemeinderat	
Heeg, Carola	Gemeinderätin	
Huyer, Ute	Gemeinderätin	
Konrad, Beate	Gemeinderätin	
Kruschina, Steffen	Gemeinderat	
Leiblein, Bodo	Gemeinderat	
Rückert, Karin	Gemeinderätin	
Stahl, Toni	Gemeinderat	
Stürmer, Andrea	Gemeinderätin	

Abwesend:

Baumann, Jörg	Gemeinderat	
Goldhammer, Jürgen	Gemeinderat	
Goymann, Anja	Gemeinderätin	
Hein, Kirsten	Gemeinderätin	
Kempf-Blatt, Dietmar	Gemeinderat	
Oppenrieder, Bernhard	Gemeinderat	

Schriftführer		
Reiling Silvia		

Verwaltung		
Heuberger, Monika		
Müller, Michael		
Sauer, Alexander		
Volk, Martin		
Wenzel, Thomas		



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

TAGESORDNUNG

Nichtöffentlicher Teil:

1.	Begrüßung
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 17.04.2024
4.	Wiedervorlage; Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresabschlüsse 2019 bis 2022 und der Kasse der Gemeinde Haibach
5.	Biosphärenregion Spessart; Beschluss über eine Interessensbekundung zur Teilnahme am Projekt
6.	Europawahl 2024; Festlegung des Erfrischungsgeldes
7.	Änderung der Richtlinie für das bis zum 31. Dezember 2024 gültige Sonderprogramm der Gemeinde Haibach zur Förderung von Stecker-Solaranlagen - Erörterung und Beschlussfassung
8.	Aufstellung eines bayernweiten Lärmaktionsplans für Hauptverkehrsstraßen - Beteiligung und Einbindung der Öffentlichkeit
9.	Fortschreibung des Nahverkehrsplans Bayerischer Untermain der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg sowie der Stadt Aschaffenburg - Beteiligung und Einbindung der Öffentlichkeit
10.	Allgemeines



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

1.	Begrüßung
----	------------------

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Gemeinderäte, Zuhörer und Mitarbeiter.

Für die Presse ist heute Herr Gast vom Main-Echo anwesend.

2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
----	--

Sachverhalt:

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass zur Sitzung ordnungs- und fristgemäß geladen wurde und die entsprechenden Veröffentlichungen erfolgten.

Für die heutige Sitzung sind die Gemeinderäte Bernd Oppenrieder, Anja Goymann, Dietmar Kempf-Blatt, Kirsten Hein und Jürgen Goldhammer entschuldigt. Somit sind 15 Stimmberechtigte anwesend.

Bgm. Andreas Zenglein fragt nach Einverständnis zur Tagesordnung.

Hierzu meldet sich **GR Toni Stahl**, dass nach Auffassung der MfH im TOP 4 : Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresabschlüsse 2019 bis 2022 und der Kasse der Gemeinde Haibach, nicht en bloc abgestimmt werden sollte. Dem Gemeinderat sind die Punkte bekannt, jedoch hat die Öffentlichkeit keine Kenntnis davon.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass eine Abfrage bei den Fraktionen erfolgte und über die Vorgehensweise abgefragt wurde. Drei Fraktionen und GR Jörg Baumann haben sich mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden erklärt. Demnach wird dies in der vorgeschlagenen Vorgehensweise erfolgen.

Hierzu meldet sich **2. Bgm. Ingo Adams** und erklärt, dass er bei der Vorbesprechung ebenfalls noch der Meinung war, dies in der vorgeschlagenen Form zu erledigen. Er hat jedoch seine Meinung hierzu geändert. Er ist jetzt ebenfalls der Meinung, dass die einzelnen Textziffern öffentlich besprochen werden sollten. Er sieht hier einen Unterschied, ob dies dargestellt und erläutert oder nur darüber abgestimmt wird. Er möchte den Verdacht, dass „etwas“ unter den Teppich gekehrt werden soll, vermeiden.

Er möchte den Antrag zur Geschäftsordnung über die Beratung aller Punkte stellen.

GR Bodo Leiblein erklärt, dass auch er Bedenken hat, ob diese en bloc-Abstimmung rechtlich so korrekt ist. Er spricht sich gegen eine Abstimmung aus, die öffentlich nicht behandelt wurde. Er hat Bedenken gegenüber der Rechtsaufsicht.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass dieses Vorgehen mit der Rechtsaufsichtsbehörde so abgestimmt ist, dort bestehen hierzu keine Einwände.



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

GR Steffen Kruschina bemerkt, dass ständig moniert wird, dass die Sitzungen zu lange dauern. Nun wurde die Abfrage durchgeführt und 3 Fraktionen haben dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Bgm. Andreas Zenglein stellt fest, dass, wenn es durch das Verlesen und Beraten der einzelnen Punkte kommen sollte, er die Sitzung heute um 22:00 Uhr beendet und morgen, Donnerstag, 07.06. um 19:30 Uhr fortführen wird.

Beschluss

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die 16 Textziffern des Berichts zum TOP 4 werden einzeln verlesen und darüber abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

ja: 7 nein: 8

3.	Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift vom 17.04.2024
-----------	---

Das Protokoll der Sitzung des Gemeinderates vom 17.04.2024 wird nach Umlauf ohne Anmerkungen genehmigt.

4.	Wiedervorlage; Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresabschlüsse 2019 bis 2022 und der Kasse der Gemeinde Haibach
-----------	---

Sachverhalt:

In der Zeit vom 31.07.2023 bis 15.11.2023 fand (mit Unterbrechungen) die überörtliche Rechnungsprüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband statt.

Geprüft wurden die Jahresabschlüsse der Jahre 2019 bis 2022.

Der Berichtsabschnitt „Einsatz der Informationstechnik“ wurde am 18.10.2023 von Prüfer Martin Kuhn, das Gesamtergebnis der Prüfung in einer Schlussbesprechung am 15.11.2023 von Prüfer Frank Schwager vorgetragen.

Neben kommunalwirtschaftlichen Angelegenheiten wurden vertieft geprüft:

- Informationstechnik
- Vertragliche Angelegenheiten
- Personalrechtliche Angelegenheiten

Hierzu wurden folgende Feststellungen niedergeschrieben, die zu behandeln sind:



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

Die Textziffern 1-3 wurden bereits in der Sitzung am 15.05.2024 vorgestellt. Nunmehr erfolgt die Vorstellung der weiteren Punkte des Prüfungsberichtes.

TZ 4 Hinweise zum Identitäts- und Berechtigungsmanagement

b) Passwörter und Daten auf den Arbeitsplatz-PCs

Alle Beschäftigten der Gemeinde meldeten sich mit dem lokalen Sammelbenutzerkonto „Haibach“ an. Benutzerbezogene Konten waren lokal nicht eingerichtet. Teilweise war noch das Standardpasswort aktiv oder die Anmeldung erfolgte automatisiert.

Durch die Anmeldung an den PCs mit einer einheitlichen Kennung ist es möglich, dass nicht hierfür berechtigte Personen Zugriff auf die lokale Datenablage erhalten (vgl. Buchst. a).

In einem ersten Schritt sollten die Zugriffsrechte auf die lokale Dateiablage der Arbeitsplatzrechner überarbeitet werden. Künftig sollten keine Daten mehr auf den lokalen Arbeitsplatzrechnern gespeichert werden. Die Berechtigungen wären dabei so zu vergeben, dass nur der jeweils berechtigte Personenkreis Zugriff auf diese Daten hat. Bei einer fortgesetzten Outsourcing-Lösung sollte die Datenhaltung über den Terminalserver erfolgen.

Sammelbenutzerkonten wären künftig zu vermeiden. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit wären für jeden Beschäftigten individuelle Benutzerkennungen einzurichten und zu nutzen, damit dokumentiert ist, wer wann welche Eingaben getätigt oder Änderungen an Systemen vorgenommen hat.

Wir verweisen hierzu auf die Basis-Anforderungen des Prozess-Bausteins ORP.4 „Identitäts- und Berechtigungsmanagement“ des BSI-Kompendiums.

Antwort: Es wurde bereits mit einer Umsetzung einer Domänenlösung mit benutzerbezogenen Konten auf lokaler Ebene begonnen. Die Umstellung kann aber aufgrund der vorhandenen Personalressourcen nur abteilungsweise erfolgen. Die Umstellung der Finanzverwaltung konnte bereits vollzogen werden.

TZ 5 Keine aktuellen bzw. fehlende Regelungen für den IT-Betrieb

Bei der Gemeinde waren zum Prüfungszeitpunkt mehrere, auch für den Outsourcing-Betrieb notwendige Regelungen nicht aktuell oder nicht vorhanden. Unter anderem sind nachfolgende Regelungen für einen geregelten IT-Betrieb zwingend notwendig:

a) Erweiterung und Umsetzung der Dienstanweisung IT

Die Regelungen der „Dienstanweisung für die Nutzung der Informationstechnik“ vom 25.05.2018 waren in weiten Teilen auf keinem IT-System der Gemeinde umgesetzt



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

(z.B. Kennwortrichtlinie, personenbezogene Benutzer). Einige Teilbereiche waren nicht oder nur unzureichend geregelt. Die Outsourcing-Umgebung wurde nicht berücksichtigt. Auch Regelungen zum Umgang mit mobilen Endgeräten waren nicht getroffen.

Wir empfehlen, die Dienstanweisung entsprechend zu ergänzen, auf die tatsächlichen Begebenheiten und den Schutzbedarf der Gemeinde anzupassen sowie die in der an-getroffenen Dienstanweisung geforderten Maßnahmen umzusetzen.

Antwort: Eine neugefasste Dienstanweisung-IT ist zum 01.04.2024 in Kraft getreten. Im Vorfeld hierzu wurden die betreffenden Beschäftigten hierüber informiert und belehrt.

b) Keine Nachbesetzung des Informationssicherheitsbeauftragten und kein aktuelles Informationssicherheitskonzept

Nach dem Ausscheiden des Informationssicherheitsbeauftragten wurde kein Nachfolger benannt. Das Informationssicherheitskonzept wurde seit längerer Zeit ebenfalls nicht mehr aktualisiert. So wurde im vorgelegten Konzept der Outsourcing-Betrieb nicht dargestellt bzw. berücksichtigt. Eine Version bzw. ein Erstellungsdatum des Konzeptes war dem Dokument nicht zu entnehmen.

Die Verpflichtung, die Sicherheit der IT-Systeme im Rahmen der Verhältnis-mäßigkeit sicherzustellen, zu diesem Zweck angemessene technische und organisatorische Maßnahmen zu treffen sowie die hierzu erforderlichen Informationssicherheitskonzepte zu erstellen und aktuell zu halten, ergibt sich aus dem Art. 43 Abs. 1 BayDiG.

Wir empfehlen, einen Informationssicherheitsbeauftragten zu benennen (vgl. ISMS.1.A4 „Benennung eines Informationssicherheitsbeauftragten“ des BSI) und das Informationssicherheitskonzept fortzuschreiben und zu aktualisieren.

Antwort: Durch den Gemeinderat wurde in der Sitzung am 06.12.2023 ein externer Informationssicherheitsbeauftragter bestellt. Ein neues Informationssicherheit Management System ist zum 01.03.2024 in Kraft getreten.

TZ 6 Neuorganisation des lokalen Netzwerks zur Behebung von Sicherheitslücken beim Identitäts- und Patchmanagement

Die lokale Netzwerkorganisation war über nicht verbundene Einzelarbeitsplatzrechner realisiert. Dabei stellten wir insbesondere Folgendes fest:

- Eine technische Organisation der lokal eingesetzten Systeme und deren Zusammenschluss in einem lokalen Netzwerk, z.B. mittels einer Domäne, war nicht realisiert.



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium

in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

- Ein System, welches zentrale Vorgaben ermöglicht und deren Einhaltung überwacht, war nicht vorhanden. Die Änderung von Vorgaben (z.B. Kennwortrichtlinie, Bildschirmsperre) war nur mit erheblichem Aufwand an jedem einzelnen Rechner möglich.
- Es gab kein zentrales Managementsystem für Updates oder Ähnliches, und auf den Rechnern fehlten Updates des Betriebssystems und von Anwendungen. Die letzten Updates und Aktualisierungen wurden im Jahr 2020 installiert.
- Alle Clients der Gemeinde hatten nur lokale Benutzer. Die Arbeitsplatzrechner waren vollwertige PCs. Ein großer Teil der Beschäftigten verfügte zusätzlich über einen vollwertigen Laptop. Eine Dokumentation bzw. ein nachvollziehbares Konzept für diese mehrfach vorhandene Geräteausstattung lag nicht vor.
- Die Anmeldung an den Clients erfolgte teilweise vollautomatisiert ohne die Notwendigkeit der Eingabe eines Benutzers und/oder Passworts oder mit einem einheitlichen und bei vielen Beschäftigten bekannten Passwort.
- In den Programmen waren Benutzernamen und Kennwörter dauerhaft gespeichert, sodass man ohne Eingabe von Benutzernamen und Kennwörtern Zugang zu Verfahren erlangen konnte.
- Externe Firmen hatten auf allen PCs Administrationsberechtigungen.

Diese Sachverhalte führten dazu, dass in der Gemeinde auf den Rechnern Sicherheitslücken durch nicht aktuelle Betriebssysteme und Anwendungen vorhanden waren. Eine schnelle und einfache Administration war aufgrund der fehlenden Zentralisierung der Netzwerkstruktur ebenfalls nicht möglich. Die Zugänge zu den Rechnern waren nicht ausreichend abgesichert, da die Kennungen und Passwörter nicht den entsprechenden Anforderungen genügten oder die Anmeldung vollständig automatisiert durchgeführt wurde und die Rechner keine Sicherungsmechanismen (z.B. Bildschirmsperre) konfiguriert hatten.

Eine derart unzureichende Absicherung des Zugangs zu IT-Systemen, Daten und Fachanwendungen ist mit den haushaltsrechtlichen und allgemeingesetzlichen Sicherheitsanforderungen nicht vereinbar. Die Gemeinde hätte zwingend und zeitnah die Situation zu verbessern. Hierzu empfehlen wir, das Netzwerk beispielsweise über eine Domäne so zu strukturieren, dass eine zentrale Administration (z.B. Benutzerkennungen, Passwörter, Richtlinien) möglich ist. Weiterhin sollte das Update- und Patchmanagement zentral verwaltet werden können. Sofern nicht ausschließlich der Zugang über die Terminalserver genutzt wird, sind Benutzerkennungen zu personalisieren und abzusichern sowie die Berechtigungen entsprechend den tatsächlich vorhandenen Notwendigkeiten zu vergeben (vgl. TZ 4). Die entsprechenden IT-Konzepte sind im Vorfeld zu entwickeln. Wir verweisen hierzu insbesondere auf die Basis-Anforderungen der Prozess-Bausteine ORP.

Antwort: Sobald die Umstellung der Domänenlösung (TZ 4) durchgeführt wurde, kann diese Textziffer als erledigt angesehen werden.



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

TZ 13 Einzelverfügung des ersten Bürgermeisters bei gemeindlichen Konten; Trennung Anordnung und Vollzug; Widerruf von Verfügungsberechtigungen

- a) Der erste Bürgermeister ist anordnungsbefugt und gleichzeitig für die Konten der Gemeinde bei einem Kreditinstitut zeichnungsberechtigt (Einzelverfügungsberechtigung).

In Art. 100 Abs. 2 Satz 3 GO ist der Grundsatz der Trennung von Anordnung und Vollzug gesetzlich geregelt. Wer Mittel bewirtschaftet, d.h. befugt ist, ihre Einzahlung oder Auszahlung anzuordnen, kann nicht für die kassenmäßige Ausführung verantwortlich sein und umgekehrt. Die Annahmen der Einzahlungen und die Leistungen der Auszahlungen sowie die Verwaltung der Kassenmittel sind nach § 38 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 KommHV-Doppik Kassengeschäfte. Daraus folgt, dass ein An-ordnungsbefugter nicht verfügungsberechtigt über die Konten der Gemeinde sein darf. Es sollte sichergestellt sein, dass der Grundsatz der Trennung von Anordnung und Vollzug beachtet wird (vgl. Schreml/Bauer/Westner, Kommunales Haushalts- und Wirtschaftsrecht in Bayern, Erl. 7 zu Art. 100 GO).

Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass eine Einzelverfügungsberechtigung auch ein Verstoß gegen das „Vier-Augen-Prinzip“ (§ 39 Abs. 3 KommHV-Doppik) ist. Danach ist sicherzustellen, dass Überweisungsaufträge, Abbuchungsaufträge, Einzugsermächtigungen und Schecks immer von zwei Mitarbeitern unterzeichnet werden (vgl. auch VV Nr. 5 zu § 43 KommHV a.F.).

- b) Weiter waren bei einem Kreditinstitut noch Mitarbeiterinnen verfügungsberechtigt (gemeinschaftlich), welche zum Prüfungszeitpunkt bereits länger nicht mehr für die Gemeinde tätig waren. Die Verfügungsberechtigungen ausgeschiedener Mitarbeiter wären grundsätzlich jeweils umgehend zu widerrufen.
- c) Zudem haben wir darauf hingewiesen, dass bei den Verfügungsberechtigungen zu beachten wäre, dass Zeichnungsberechtigte aus anderen Ämtern - soweit dies personell möglich ist - im Unterschied zu den Kassenbeschäftigten nur über eine reine Mitzeichnungsberechtigung (sog. B-Vollmacht) verfügen, damit bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs nach Möglichkeit immer ein Kassenbeschäftigter (mit einer A-Vollmacht) beteiligt werden muss.

Antwort: Die Berechtigungen wurden noch während des Prüfungszeitraumes geändert.

TZ 14 Die Gemeinde hält im Widerspruch zu den Vorgaben der Gemeindeordnung Geschäftsanteile an einem Bankunternehmen.

2021 erwarb die Gemeinde weitere 990 Anteile der Raiffeisenbank Aschaffenburg eG für 24.750 €. Zuvor war die Gemeinde bereits Inhaberin von 10 Geschäftsanteilen.



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

Der Erwerb der weiteren Geschäftsanteile steht im Widerspruch zu den Regelungen der Gemeindeordnung.

Demnach darf eine Gemeinde Bankunternehmen weder errichten noch sich an ihnen beteiligen. Die Gemeinde kann „*einen einzelnen Geschäftsanteil an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft*“ erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist (Art. 87 Abs. 5 GO). Lediglich für das Sparkassenwesen gelten besondere Vorschriften. Die Beschränkung auf einen einzelnen Geschäftsanteil, die sich aus dem insoweit eindeutigen Wortlaut der Gemeindeordnung ergibt, wäre zu beachten.

Antwort: *In Zeiten der Niedrigzinsphase boten die Geschäftsanteile eine Möglichkeit der Geldanlage. Die Geschäftsanteile können jederzeit wieder verkauft werden.*

Beschlussvorschlag:

Die Geschäftsanteile an der Raiffeisenbank Aschaffenburg eG werden verkauft.

TZ 15 Kostendeckende Weiterverrechnung der Arbeitsleistung des Wasserwarts

In den Berichtsjahren wurden in mehreren Fällen private Schwimmbäder durch den Wasserwart befüllt. Begründet wird dies damit, dass so gewährleistet ist, dass Abwassergebühren erhoben werden (statt Befüllung über Gartenwasserzähler) und kein Alarm wegen überhöhter Wasserentnahmen erfolgt.

Hierfür rechnete die Gemeinde im Allgemeinen 0,5 Arbeitsstunden sowie die eingefüllten Kubikmeter ab. Nicht in allen Fällen wurde auch die Abwassergebühr berechnet.

Wir haben darauf hingewiesen, dass neben den Arbeitsstunden auch Fahrzeugkosten sowie die Kosten für das Standrohr zu verrechnen wären. Weiter erscheint für Anfahrt, Aufbau, Befüllung sowie Abfahrt und Dokumentation eine Arbeitsleistung von 0,5 Std. zu gering. Wir empfehlen zu prüfen, ob Aufzeichnungen vorliegen und diese auch die An- und Abfahrtszeit sowie Beladung und Dokumentation umfassen.

Im Übrigen wäre darauf zu achten, dass in allen Fällen neben den Wassergebühren auch Abwassergebühren berechnet werden. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Verbrauchsgebühr mit Bescheid zu erheben wäre (vgl. § 10 Abs. 3 BGS-WAS); bezüglich der Abrechnung und Fälligkeit verweisen wir auf die BGS-WAS.

Wir haben zudem festgestellt, dass auch beim Einbau von Gartenwasserzählern zwar Material, aber keine Fahrzeugkosten berechnet werden. Dies wäre künftig vorzunehmen.



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /
Gemeinderat

Antwort: Im Berichtszeitraum wurden jährlich jeweils sechs Schwimmbäder vom Wasserwart über ein Standrohr gefüllt. Diese Füllungen erfolgten vor dem Hintergrund, dass die Fernwirktechnik in solchen Fällen Fehlermeldungen anzeigt und dann nach Rohrbrüchen gesucht wird. Dies erfordert einen erheblich höheren Zeitaufwand.

Bereits seit dem Jahr 2023 verrechnen wir je Füllung eine Stunde Arbeitszeit. In den Stundenlohn sind bereits Fahrzeugkosten einkalkuliert, so dass eine gesonderte Abrechnung des Fahrzeuges nicht notwendig erscheint.

Kämmerer Thomas Wenzel ergänzt, dass bei der Füllung von Schwimmbädern die Kanalgebühren hierfür mit berechnet werden. Lediglich bei Entnahmestellen für die Landwirtschaft entfallen Kanalgebühren, ebenso bei einem Schwimmteich.

Der Gemeinderat stimmt zu.

TZ 16 Sonstige zusammengefasste Feststellungen und Hinweise:

- a) Bei unserer stichprobenartigen Durchsicht waren den Anordnungsbelegen teilweise keine begründenden Unterlagen beigelegt. Die in § 57 Abs. 1 und 2 KommHV-Doppik enthaltenen Grundsätze der doppelten Buchführung machen es u.a. erforderlich, dass jede einzelne Buchung nachvollziehbar ist, d.h. belegt sein muss (sog. Belegzwang). Dies wird in § 67 Abs. 1 KommHV-Doppik mit der Regelung, dass alle Buchungen durch Kassenanordnungen, Auszahlungsnachweise und begründende Unterlagen belegt sein müssen, konkretisiert.

Künftig wäre auf den Belegzwang verstärkt zu achten.

Antwort: Begründete Unterlagen (Rechnungen, Lieferscheine usw.) sind den Belegen stets beigelegt. Lediglich bei Buchungen über Schnittstellen (z.B. Lohn- und Gehaltsbuchungen, Innere Verrechnungen) wird auf die Beifügung verzichtet. Die Unterlagen werden separat aufbewahrt, da es sich dabei um größere Mengen von Papier handelt welches gesondert nochmals eingescannt werden müsste. Der Arbeitsaufwand steht in keinem Verhältnis zum Nutzen.

Beschluss

Die Geschäftsanteile an der Raiffeisenbank Aschaffenburg eG werden verkauft.

Abstimmungsergebnis:

ja: 15 nein: 0

Beschluss

Die Textziffern und Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen, der Gemeinderat stimmt zu.

Abstimmungsergebnis:

ja: 15 nein: 0

Sitzungs-Datum
5. Juni 2024Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 UhrSitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /**Gemeinderat**

5.	Biosphärenregion Spessart; Beschluss über eine Interessensbekundung zur Teilnahme am Projekt
-----------	---

Sachverhalt:

Analog dem Biosphärenreservat „Rhön“ wurde für den Spessart eine Machbarkeitsstudie erstellt, ob eine Biosphärenregion auch für den Spessart möglich sei. Die Machbarkeitsstudie ist im Internet unter dem Link <https://biosphaere-spessart.de/endbericht-machbarkeitsstudie> einsehbar.

Die vorgestellte Machbarkeitsstudie zeigt, dass es möglich wäre, eine Biosphärenregion Spessart zu schaffen. Auch wenn verschiedene Themenfelder noch zu bearbeiten sind so zeigt sich, dass die Biosphäre uns durchaus neue Entwicklungsmöglichkeiten bieten kann, welche wir für unsere Zukunft nutzen sollten.

Bgm. Andreas Zenglein erläutert nochmals ausführlich die positiven Aspekte zum Beitritt des Projektes. Er ist der Ansicht, dass dies nicht mit dem vor ein paar Jahren angedachten „Nationalpark Spessart“ vergleichbar ist. Des Weiteren besteht keine Verpflichtung, Flächen einzubringen und Kosten zu übernehmen.

Er ist der Ansicht, dass auch Haibach an diesem Projekt teilnehmen sollte. Er „brennt“ für dieses Projekt, weil das Positive für die Region, für den Landkreis, für unsere Kommunale Allianz und somit für unsere Gemeinde überwiegt.

GR Bodo Leiblein schließt sich diesen Ausführungen an. Er findet es eine gute Sache für unsere Region. Durch viele Fehl- bzw. Falschinformationen zu diesem Thema gibt es widersprüchliche Meinungen.

Nach seiner Meinung bekommt unsere Region ein Qualitätsmerkmal, sozusagen ein Prädikat. Das „Biosphärenreservat Spessart“ wird das 19. in Deutschland sein. Darüber hinaus steht bei diesem Projekt der Naturschutz an erster Stelle und es soll viel in Sachen Naturschutzpädagogik geschehen. Haibach muss nichts einbringen und über jedes einzelne Projekt wird ohnehin separat im Gemeinderat entschieden.

GR Andrea Stürmer erklärt, dass auch sie hierfür „brennt“. Es gibt sehr viele Informationen für dieses Vorhaben und es wurde in sehr vielen Gremien bereits beraten.

GR Jürgen Großmann informiert, dass er einen Fragenkatalog hierzu an das Landratsamt geschickt hat. Die Beantwortung hierzu hat er heute erhalten, jedoch konnte er sich noch nicht, aus beruflichen Gründen, damit beschäftigen.

Er möchte wissen, was heute entschieden wird.

Bgm. Andreas Zenglein antwortet, dass heute eine Interessensbekundung vorgesehen ist. Dies ist notwendig, damit ein entsprechender Antrag zur „Einrichtung eines Reservats“

Sitzungs-Datum
5. Juni 2024Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /
Gemeinderat

gestellt werden kann. Erst wenn alle Vorleistungen erledigt wurden, kann eine solche Gründung erfolgen.

GR Jürgen Großmann sieht somit, dass eine endgültige Entscheidung, ob ein Biosphärenreservat entsteht, wohl erst gegen Ende des Jahres getroffen wird.

GR Toni Stahl schlägt vor, die heutige Abstimmung zu verschieben. Er sieht die Entstehung von Parallelstrukturen, da der Naturpark Spessart bereits seit 60 Jahren besteht und Vieles doch dort ebenfalls angeboten wird. Zudem ist er der Ansicht, dass die Fragen von GR Jürgen Großmann sehr komplex sind. Die Antworten von Herrn Eyring hierzu sollten mitberücksichtigt werden.

Er würde auch den Beschluss ändern und den Zusatz „mit dem Landkreis Aschaffenburg“ streichen.

GR Bodo Leiblein erwidert, dass es sich hier um grundsätzlich zwei verschiedene Dinge handelt. Die Verzögerungen entstehen nur durch die Fehlinformationen. Er spricht sich dafür aus, dass eine grundsätzliche Entscheidung getroffen werden sollte. Es gibt zu der gesamten Thematik und dem Projekt hervorragende Informationen. So werden auch viele der Fragen beantwortet. Er möchte wissen, wie lange man die Abstimmung hinauszögern möchte. Dies ist nach seiner Ansicht nicht förderlich.

Nach seiner Auffassung wird auch speziell Haibach profitieren.

Beschluss

Der Gemeinderat Haibach steht dem Projekt „Biosphärenregion Spessart“ positiv gegenüber und wünscht das Projekt zusammen mit dem Landkreis Aschaffenburg weiterzuführen. Eine Einbringung von eigenen Flächen ist derzeit nicht vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

ja: 11 nein: 4

6.	Europawahl 2024; Festlegung des Erfrischungsgeldes
-----------	---

Sachverhalt:

Am 09.06.2024 findet die Europawahl 2024 statt.

Hierzu ist für die Wahlhelfer/innen in den Wahllokalen ein „Erfrischungsgeld“ festzusetzen.

Die Einteilung der Wahlhelfer wurde von der Verwaltung vorgenommen. Für die Europawahl sind 6 Stimmbezirke sowie 3 Briefwahlbezirke vorgesehen.

Bezüglich der Höhe des Erfrischungsgeldes ist mindestens ein Betrag von 35,00 € für die Wahlvorstände und stellv. Wahlvorstände und 25,00 € für die Schriftführer, stellv. Schriftführer und Beisitzer/innen gesetzlich vorgeschrieben.



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

Die Verwaltung schlägt aufgrund des gleichen zeitlichen Aufwands einen einheitlichen Betrag von 40,00 € für alle Wahlhelfer/innen vor.

Bei der Landtags- und Bezirkswahl 2023 wurde ebenfalls ein einheitlicher Betrag, in Höhe von 50,00 €, für alle Wahlhelfer/innen ausgezahlt.

Beschluss

Für alle Wahlhelfer/innen bei der Europawahl 2024 wird eine Entschädigung in Höhe von 40,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

ja: 14 nein: 1

7.	Änderung der Richtlinie für das bis zum 31. Dezember 2024 gültige Sonderprogramm der Gemeinde Haibach zur Förderung von Stecker-Solaranlagen - Erörterung und Beschlussfassung
----	--

Sachverhalt:

Auf die Beschlussfassung des Gemeinderats vom 19. April 2023, Punkt 6, wird verwiesen.

Aufgrund einer Gesetzesänderung können seit dem 16. Mai 2024 Balkonsolaranlagen künftig leistungsfähiger sein (zulässig: Wechselrichterleistung von 800 Watt anstelle von bisher 600 Watt).

Nachstehend die Links hierzu:

<https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2024/151/VO.html?nn=55638>

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/solarpaket-photovoltaik-balkonkraftwerke-2213726>

Die in der Anlage zu diesen Erläuterungen beigefügte Richtlinie wird neu beschlossen.

Die vorgenommenen zwei Änderungen sind gelb markiert.

Beschluss

Es erfolgt Zustimmung zum Erlass der geänderten Richtlinie.

Abstimmungsergebnis:



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

ja: 15 nein: 0

8.	Aufstellung eines bayernweiten Lärmaktionsplans für Hauptverkehrsstraßen - Beteiligung und Einbindung der Öffentlichkeit
----	---

Sachverhalt:

Auf die Beschlussfassung des Gemeinderats vom 20. September 2023, Punkt 12 wird verwiesen.

Der Gemeinde Haibach wurde von der Regierung von Unterfranken am 14. Mai 2024 wie folgt mitgeteilt:

»(...) zunächst möchten wir uns bei Ihnen für die zahlreiche Teilnahme an der 1. Mitwirkungsphase zur bayernweiten Lärmaktionsplanung bedanken. Insgesamt haben sich 588 Gemeinden beteiligt.

Die Ergebnisse hierzu wurden bereits Anfang des Jahres auf der Website: <https://www.umgebungslaerm.bayern.de/> eingestellt.

Am 02.05.2024 startet nun die 2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung in der wir Sie wieder um Ihr Mitwirken bitten. In dieser 2. Phase soll zum einen das bisherige Verfahren der Lärmaktionsplanung und zum anderen der Entwurf des Lärmaktionsplans zur 4. Runde bewertet werden.

(...)

Um möglichst viele Menschen zu erreichen, bitten wir Sie zudem, beigefügte Pressemitteilung in Ihrem kommunalen Mitteilungsblatt und Ihrer Website zu veröffentlichen.

Die Rückmeldungen aus den Fragebögen werden anschließend erfasst, gebündelt und ausgewertet. Die Ergebnisse werden zusammen mit dem finalen Lärmaktionsplan bis 18. Juli 2024 veröffentlicht.«

Am 21. Mai 2024 wurde die vorgenannte Pressemeldung der Gemeinde zugemailt und am 21. Mai 2024 auf der Homepage und am 23. Mai 2024 im gemeindlichen Mitteilungsblatt veröffentlicht.

Der aktuelle Entwurf des Lärmaktionsplans / die Lärmkartierung 2022 ist auf der Website <https://www.umgebungslaerm.bayern.de/> abrufbar.

Nachstehend Auszüge aus der Lärmaktionsplanung bzw. der Lärmkartierung 2022:

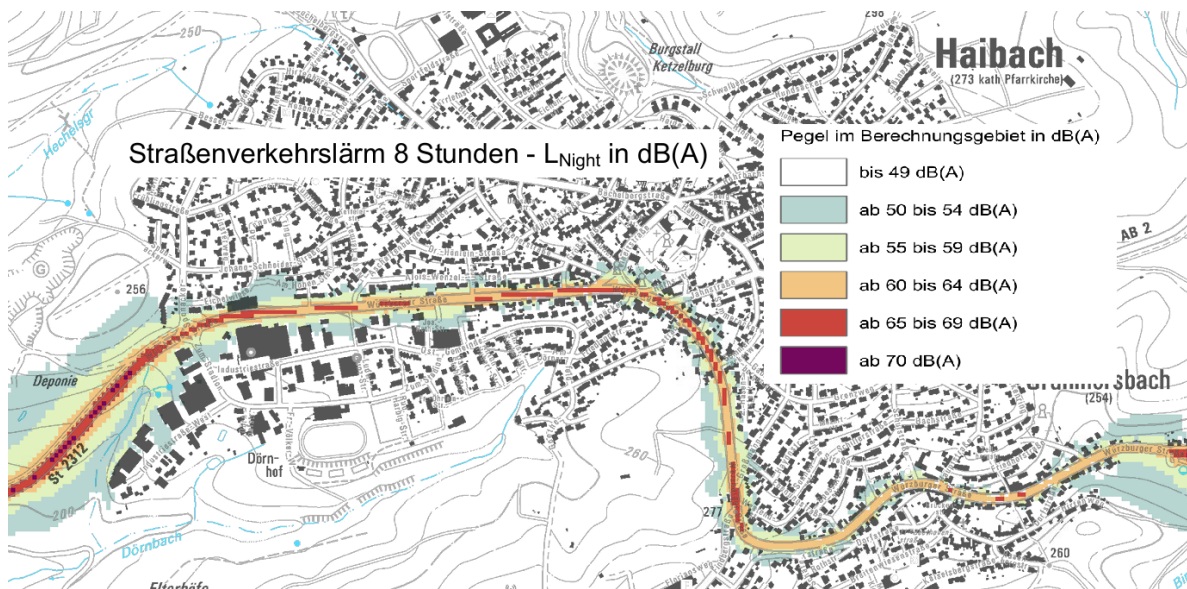
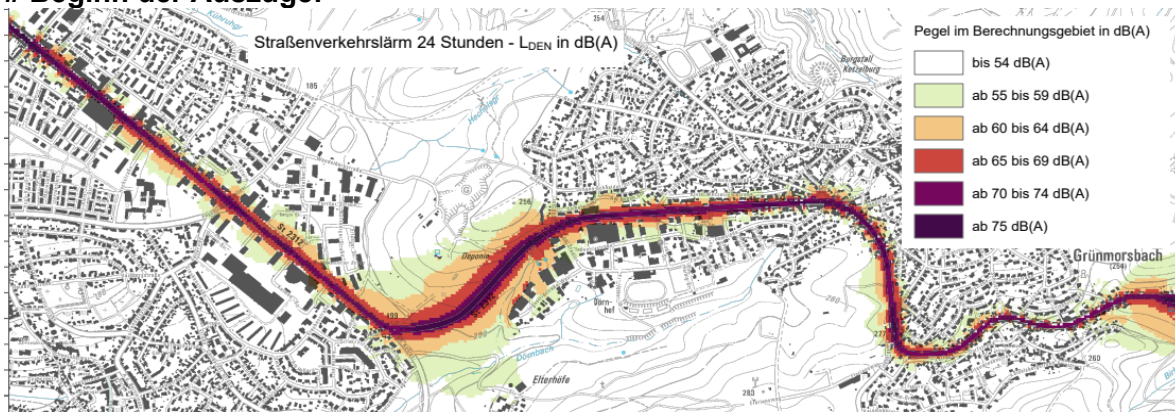


Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /
Gemeinderat

Beginn der Auszüge:



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 UhrSitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /
Gemeinderat**Anhang 2 Hauptverkehrsstraßen gemäß Straßenverkehrszählung**

Auflistung aller Hauptverkehrsstraßen in der Zuständigkeit des Bayerischen Staatsministerium für Bau, Wohnen und Verkehr mit einer DTV über 8.200

Straße	Zählstellen-Nr.	Anfang	Ende	Länge	DTV (Kfz/24h)
L 2312	60219208	W HAIBACH in Ri Aschaffenburg	W HAIBACH in Ri Haibach	0,979	13937
L 2312	60219202	OD HAIBACH in Ri Aschaffenburg	OD HAIBACH in Ri Ortsmitte	1,416	10987
L 2312	62249100	Waldbüttelbrunn (B 468)	Waldbüttelbrunn	5,445	10884
L 2312	60219203	O HAIBACH in Ri Aschaffenburg	O HAIBACH in Ri Straßbessenbach	3,043	8919

Anhang 3 Auflistung von Gemeinden, die die zentrale Lärmaktionsplanung Bayern umfassten

Unterfranken	Haibach	09671124
--------------	---------	----------

Anhang 5 Lärmbetroffene Einwohner durch Straßenverkehrslärm gemäß LärmkartierungLärmbetroffene Einwohner an Hauptverkehrsstraßen außerhalb von Ballungsräumen nach L_{DEN}

Reg.Beizirk	Landkreis	Gemeinde	Lärmart	Pegelart	ab 55 bis 59 dB(A)	ab 60 bis 64 dB(A)	ab 65 bis 69 dB(A)	ab 70 bis 74 dB(A)	ab 75 dB(A)
Unterfranken	Aschaffenburg	Haibach	Hauptverkehrsstraßen außerhalb von Ballungsräumen	L _{DEN}	341	221	310	188	0

Anhang 8 Anzahl der Betroffenen mit gesundheitlichen Auswirkungen durch Straßenverkehrslärm gemäß Lärmkartierung

Reg.Beizirk	Landkreis	Gemeinde	Lärmart	HA (L _{DEN})	HSD (L _{Night})	IHD (L _{DEN})
Unterfranken	Aschaffenburg	Haibach	Hauptverkehrsstraßen außerhalb von Ballungsräumen	214	55	0

Sitzungs-Datum
5. Juni 2024Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 UhrSitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /**Gemeinderat**Bayerisches Landesamt für
Umwelt

EG-Umgebungslärmrichtlinie

**Lärmkartierung Bayern 2022
an Hauptverkehrsstraßen**

Gemeinde: Haibach

Gemeindeschlüssel: 9671124

Stand: 02/2023

Tabelle 1: Anzahl der von Pegeln L_{DEN} betroffenen Einwohner

Pegel L_{DEN} in dB(A) (24 Stunden)	Betroffene an Hauptverkehrsstraßen
ab 55 bis 59	341
ab 60 bis 64	221
ab 65 bis 69	310
ab 70 bis 74	188
ab 75	0
Summe	1.060

Tabelle 2: Anzahl der von Pegeln L_{Night} betroffenen Einwohner

Pegel L_{Night} in dB(A) (22 bis 6 Uhr)	Betroffene an Hauptverkehrsstraßen
ab 50 bis 54	230
ab 55 bis 59	313
ab 60 bis 64	208
ab 65 bis 69	0
ab 70	0
Summe	751

Tabelle 3: Von Pegeln L_{DEN} betroffene Flächen, Schul- und Krankenhausgebäude

Pegel L_{DEN} in dB(A) (24 Stunden)	Fläche an Hauptverkehrsstraßen in km ²	Anzahl Schulgebäude	Anzahl Krankenhausgebäude
ab 55	0,7	0	0
ab 65	0,2	0	0
ab 75	0,0	0	0



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

Tabelle 4: Gesundheitliche Auswirkungen und Belästigungen nach § 4 der 34.BImSchV

Zahl der Fälle starker Belästigung (HA)	Zahl der Fälle starker Schlafstörung (HSD)
214	55

Hinweise zu den Pegelklassen

Für die Zuordnung der berechneten Pegel zu den jeweiligen Isophonen-Bändern entsprechend § 4 Abs. 4 Nr. 1 der 34. BImSchV ist jeweils auf ganze Zahlen auf- oder abzurunden. Für das Isophonen-Band ab 55 bis 59 dB(A) umfasst dies beispielsweise die Pegel:

- = 54,5 - 59,4,
- = 54,50 - 59,49
- = 54,500 - 59,499.

Hinweise zu den Tabellen 1 und 2

Die Lärmbelastung durch Umgebungslärm wird gemäß der Berechnungsmethode zur Ermittlung der Belastetenzahlen durch Umgebungslärm (BEB) ermittelt.

Die Anzahl der lärmbelasteten Einwohner ist gemäß § 4 Abs. 5 der 34. BImSchV für verschiedene Lärmpegelbereiche angegeben. Es wird zwischen der 24-stündigen Lärmbelastung L_{DEN} und der nächtlichen Lärmbelastung von 22 bis 6 Uhr L_{Night} unterschieden.

Hinweise zur Tabelle 3

Die Größe der lärmbelasteten Flächen sowie die Anzahl der Schulen und Krankenhäuser sind gemäß § 4 Abs. 6 der 34. BImSchV für die 24-stündige Lärmbelastung L_{DEN} angegeben.

Hinweise zur Tabelle 4

Nach § 4 der 34.BImSchV sind die gesundheitlichen Auswirkungen „starke Belästigung“ und „starke Schlafstörung“ für Straßenverkehrslärm anzugeben. Tabellarische Angaben über die geschätzte Zahl der Fälle ischämischer Herzkrankheiten werden auf Basis der Gemeindedatenblätter nicht angegeben. Die zu Grunde liegenden Expositions-Wirkungs-Beziehungen basieren auf epidemiologischen Studien und gelten nur für ausreichend große, repräsentative Bevölkerungspopulationen.

Lärmsanierung an bestehenden Straßen durch bauliche Maßnahmen

Nach geltender Rechtslage besteht kein Rechtsanspruch auf eine Durchführung von Lärmsanierungsmaßnahmen an bestehenden Straßen durch den Baulastträger.

Nach den Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (VLärmSchR 97, Verkehrsblatt [VkB] 1997 S. 434) kann Lärmschutz

Sitzungs-Datum
5. Juni 2024Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 UhrSitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /**Gemeinderat**

durch bauliche Maßnahmen an bestehenden Straßen (Lärmsanierung) auf der Grundlage haushaltsrechtlicher Regelungen gewährt werden. Als Lärmschutzmaßnahmen kommen aktive und/oder passive bauliche Maßnahmen in Betracht.

Lärmschutzmaßnahmen des Baulastträgers nach VLärmSchR 97 setzen voraus, dass die folgenden Auslösewerte unter Anwendung der RLS-90 überschritten werden:

Immissionsort	Auslösewerte der Lärmsanierung in dB(A) tags (06:00 – 22:00 Uhr)	Auslösewerte der Lärmsanierung in dB(A) nachts (22:00 – 06:00 Uhr)
Krankenhäuser, Schulen, Kurheime, Altenheime, reine und allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete	67	57
Kern-, Dorf-, Mischgebiete	69	59
Gewerbegebiete	72	62

Tabelle 4: Abgesenkte Lärmsanierungsgrenzwerte gemäß Nr. 37.1 der VLärmSchR 97 [19]

Die VLärmSchR 97 [20] wurden mit Rundschreiben Straßenbau Nr. 26/1997 [21] den Obersten Straßenbaubehörden der Länder bekannt gegeben. Die Anwendung wird auch für Straßen, die nicht in der Baulast des Bundes liegen, empfohlen. Weitere Einzelheiten sind in den VLärmSchR 97 geregelt. Dabei ist zu beachten, dass die Auslösewerte unter Nr. 37.1 der VLärmSchR 97 im Jahr 2010 um 3 dB(A) auf die o. g. Auslösewerte der Lärmsanierung abgesenkt wurden [19].



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

Lärmschutz durch straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen

Das Straßenverkehrsrecht ist sachlich begrenztes Ordnungsrecht. Es dient der Unfallverhütung und der Gefahrenabwehr. Es bedient sich dazu allgemeiner Verkehrsregeln und dort, wo es streckenbezogen die besonderen Umstände im Einzelfall zwingend gebieten, besonderer Verkehrsregeln durch Verkehrszeichen. Verkehrszeichen haben unterschiedliche Regelungstiefen. Sie können zur „Grundausstattung“ einer Straße gehören (z. B. Wegweisung), aber bei Gefahrenlagen auch in Rechte Dritter eingreifen (z. B. Verkehrsumleitungen, Verkehrsbeschränkungen, Verkehrsverbote). Grundlage für straßenverkehrs-



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

rechtliche Maßnahmen sind die Straßenverkehrs-Ordnung (§ 45 StVO) und ergänzend als Orientierungshilfe die bundesweit geltenden Richtlinien für straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor Lärm (Lärmschutz-Richtlinien-StV).

Planerische und bauliche Lärmschutzmaßnahmen haben Vorrang. Dies kommt auch in den niedrigeren Auslösewerten beispielsweise für die straßenbauliche Lärmsanierung zum Ausdruck; sie liegen um 3 dB(A) unter den straßenverkehrsrechtlichen Schallpegel. 3 dB(A) bedeutet dabei Halbierung des Verkehrs bei identischer Verkehrszusammensetzung.

Zur straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmenentwicklung aus Gründen des Lärmschutzes können sich insbesondere folgende Ansätze empfehlen:

- Vermeidung von Kfz-Verkehr (z. B. Förderung von Fußverkehr, Radverkehr, ÖPNV)
- Verlangsamung von Kfz-Verkehr (z. B. Geschwindigkeitsbeschränkung, Verhinderung des Überholens oder Vorbeifahrens, Lichtzeichenanlage)
- Verstetigung des Fahrverlaufes (z. B. Haltverbot, Abbiegespur, Abbiegeverbot, vorgeschriebene Fahrtrichtung, Grüne Welle)
- Verlagerung von Kfz-Verkehr (z. B. Wegweisung, Umleitung, Einbahnstraße, Verbot der Einfahrt, Abbiegeverbot, vorgeschriebene Fahrtrichtung)
- Verkehrsverbote durch Untersagung von bestimmten Kfz-Verkehren (z. B. Nachtfahrverbote; nur als ultima ratio und mit Umleitung des verbotenen Verkehrs)

Zum Nachweis der Gefahrenlage aus Gründen des Lärmschutzes sind als Orientierungshilfe die folgenden straßenverkehrsrechtlichen Immissionsrichtwerte unter Anwendung der RLS-90 zu beachten:

Sitzungs-Datum
5. Juni 2024Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 UhrSitzungs-Ort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /**Gemeinderat**

Immissionsort	Immissionsrichtwert in dB(A) tags (06:00 – 22:00 Uhr)	Immissionsrichtwert in dB(A) nachts (22:00 – 06:00 Uhr)
reine und allgemeine Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete, Krankenhäuser, Schulen, Kur- und Altenheime	70	60
Kern-, Dorf-, Mischgebiete	72	62
Gewerbegebiete	75	65

Tabelle 5: Immissionsrichtwerte gemäß Nr. 2.1 der Lärmschutz-Richtlinien-StV [21]

Die aktuelle obergerichtliche Rechtsprechung berücksichtigt als untere Grenze der Zumutbarkeit auch die Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV; werden sie überschritten, kann sich die Pflicht zur Ermessensausübung ergeben. Das Ergebnis der Ermessensausübung ist nicht vorgezeichnet.

Bei der Abwägung, ob und ggf. welche straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen bei Vorliegen der sachlichen Voraussetzungen in Betracht kommen, ist vielmehr stets auf alle Umstände des Einzelfalls abzustellen. Neben den Interessen und Belangen der Anwohner (wie Schutzwürdigkeit, Schutzbedürftigkeit, gebietsbezogene Vorbelastung) sind die Interessen und Belange des Verkehrs (wie Verkehrsbedürfnisse, straßenbauliche und planerische Verbesserungspotenziale, Berufsausübung) und die Verkehrsbedeutung der Straße in die Abwägung einzustellen. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist zu beachten. Die Maßnahmen dürfen nicht zu einer Beschränkung der Widmung durch Untersagung bestimmter Verkehrsarten oder Benutzungszwecken führen (sog. Vorbehalt des Straßenrechts).

Ende der Auszüge #



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

Die Gemeinde Haibach wurde per E-Mail vom 14. Mai 2024 gebeten bis zum 13. Juni 2024 den folgenden Fragebogen auszufüllen:

Internetauftritt und 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung

2. Wie beurteilen Sie den Internetauftritt zur EG-Umgebungslärmrichtlinie (Richtlinie 2002/49/EG)
<http://www.umgebungs-laerm.bayern.de/index.html> ?

übersichtlich

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

informativ

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

verständlich

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

ausführlich

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

3. Ist der oben genannte Internetauftritt eine geeignete Informationsquelle für Sie?

☐ tritt voll zu ☐ trifft eher zu ☐ teils/teils ☐ trifft eher nicht zu ☐ trifft überhaupt nicht zu

4. Würden Sie Bürgern diese Seite bei Anfragen zum Straßenverkehrslärm empfehlen?

☐ trifft voll zu ☐ trifft eher zu ☐ teils/teils ☐ trifft eher nicht zu ☐ trifft überhaupt nicht zu

5. Hat Ihre Gemeinde bereits an der 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung vom 10.08.2023 - 30.09.2023 teilgenommen?

☐ ja ☐ nein

6. Wie wurden die Bürger von Ihrer Gemeinde über die 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung zur zentralen Lärmaktionsplanung in Bayern informiert?

- ☐ Amtsblatt
- ☐ Aushang in der Gemeinde
- ☐ Auf der Internetseite der Gemeinde
- ☐ Auf anderem Weg
- ☐ Keine Hinweise durch die Gemeinde

7. Enthält die Auswertung der Ergebnisse zur 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung

(<http://www.umgebungs-laerm.bayern.de/oeffentlichkeitsbeteiligung/auswertung.htm>) aufschlussreiche Erkenntnisse, die für Ihre Gemeinde beim weiteren Umgang mit der EG-Umgebungslärmrichtlinie hilfreich sind?

ja ☐ teilweise ☐ nein ☐



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

Inhalt der zentralen Lärmaktionsplanung

8. Wie bewerten Sie den Inhalt des zentralen Lärmaktionsplans (Link zum Entwurf des zentralen Lärmaktionsplans 2024)?

übersichtlich

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

informativ

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

verständlich

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

ausführlich

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /
Gemeinderat

2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung - Fragen zum Umgebungslärm für Gemeinden

1 2 3 4 5 6 7 8

9. Wie wichtig erachten Sie die einzelnen Kapitel des zentralen Lärmaktionsplans?

Kapitel 1 (Planungsumfang)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 2 (Zuständigkeiten)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 3 (rechtlicher Hintergrund)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 4 (Anforderungen Lärmaktionsplan)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 5 (Berechnungsmethoden)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 6 (Grenz- Auslöse-, Richtwerte)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 7 (Lärmkartierung)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 8 (Öffentlichkeitsbeteiligung)

☐ ☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 9 (Lärmindernde Maßnahmen)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 10 (Ruhige Gebiete)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

Kapitel 11 (geplante Optimierung)

☐ sehr wichtig ☐ wichtig ☐ unentschieden ☐ nicht wichtig ☐ überhaupt nicht wichtig

zurück

weiter



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /
Gemeinderat

2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung - Fragen zum Umgebungslärm für Gemeinden

1 2 3 4 5 6 7 8

10. Welches Thema (Kapitel 1 - 10) sollte aus Ihrer Sicht verbessert dargestellt werden?

Kapitel 1 (Planungsumfang)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 2 (Zuständigkeiten)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 3 (rechtlicher Hintergrund)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 4 (Anforderungen Lärmaktionsplan)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 5 (Berechnungsmethoden)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 6 (Grenz- Auslöse-, Richtwerte)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 7 (Lärmkartierung)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 8 (Öffentlichkeitsbeteiligung)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 9 (Lärmindernde Maßnahmen)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 10 (Ruhige Gebiete)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

Kapitel 11 (geplante Optimierung)

☐ stimme voll und ganz zu ☐ stimme zu ☐ unentschlossen ☐ stimme nicht zu ☐ stimme überhaupt nicht zu

11. Empfinden Sie die Maßnahmen aus dem zentralen Lärmaktionsplan als zielführend?

☐ ja ☐ teilweise ☐ nein

zurück

weiter



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung - Fragen zum Umgebungslärm für Gemeinden

1 2 3 4 5 6 7 8

12. Welche Wirkung erwarten Sie aufgrund der zentralen Lärmaktionsplanung hinsichtlich des Lärmschutzes an Hauptverkehrsstraßen in Bayern?

- ☐ positive Wirkung ☐ geringe positive Wirkung ☐ keine Wirkung

13. Welche Wirkung erwarten Sie aufgrund der zentralen Lärmaktionsplanung hinsichtlich des Lärmschutzes an Hauptverkehrsstraßen für Ihre Gemeinde?

- ☐ positive Wirkung ☐ geringe positive Wirkung ☐ keine Wirkung

14. Sind Ihrer Einschätzung zufolge weitere lärmindernde Maßnahmen aus der zentralen Lärmaktionsplanung als die genannten Maßnahmen in Ihrer Gemeinde erforderlich?

- ☐ ja ☐ nein ☐ derzeit nicht abschätzbar

zurück

weiter



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /
Gemeinderat

2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung - Fragen zum Umgebungslärm für Gemeinden

1 2 3 4 5 6 7 8

Zukünftige Planungen

15. Wie umfangreich wollen Sie in der nächsten Runde der Lärmaktionsplanung (voraussichtlich 2028) eingebunden werden?

- ☐ deutlich mehr ☐ etwas mehr ☐ unverändert

16. War der Zeitraum der Beteiligung für die 1. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung vom 10.08.2024 - 30.09.2024 (6 Wochen) ausreichend?

- ☐ ja ☐ nein

17. Welche Änderungen wünschen Sie sich für die nächste Runde der zentralen Lärmaktionsplanung

- ☐ Frühzeitigere Information zu den Phasen der Öffentlichkeitsbeteiligung
☐ Einen längeren Zeitraum um bei der Öffentlichkeitsbeteiligung mitzuwirken
☐ Ausführlichere, technische Informationen zum Lärmschutz
☐ Den Inhalt des Lärmaktionsplans verständlicher gestalten
☐ Geplante Maßnahmen der eigenen Gemeinde (auch an Gemeinde- und Kreisstraßen)
☐ keine

Bemerkungen



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung - Fragen zum Umgebungslärm für Gemeinden

1 2 3 4 5 6 7 8

Kommunale Lärmaktionsplanung

18. Könnten sie sich vorstellen, einen eigenen Lärmaktionsplan aufzustellen, um auf die Lärmsituation vor Ort detaillierter eingehen zu können?

☐ ja ☐ nein ☐ vielleicht

19. Was sind die Gründe, dass Sie bisher keinen eigenen kommunalen Lärmaktionsplan aufgestellt haben?

☐ zu hohe Kosten ☐ zu wenig Personal ☐ fehlendes Wissen ☐ zu zeitintensiv ☐ nicht erforderlich

20. Welche Art von Unterstützung würden Sie für die Aufstellung eines eigenen Lärmaktionsplans benötigen?

- ☐ Telefonischer Ansprechpartner
☐ Handlungshilfen (z.B. Musterlärmaktionspläne, Verwaltungsabläufe)
☐ Schulungen
☐ Nicht erforderlich

Bemerkungen

Eingabe speichern

Abbrechen

Alex Sauer erläutert wie folgt:

»Im Internet ist der Entwurf des Lärmaktionsplans Bayern unter www.umgebungslaerm.bayern.de veröffentlicht. Alle Bürgerinnen und Bürger sowie die Städte und Gemeinden in Bayern haben bis zum 13. Juni 2024 die Gelegenheit, sich zum Entwurf des Lärmaktionsplans zu äußern. Wir haben darauf im gemeindlichen Mitteilungsblatt und auf unserer Homepage hingewiesen.

Ziel der Lärmaktionsplanung Bayern ist es, vorhandene Lärmprobleme für Hauptverkehrsstraßen zu analysieren, gegebenenfalls zu beheben sowie ruhige Gebiete vor einer Zunahme des Lärms zu schützen.

In Haibach ist die Staatsstraße 2312, also die gesamte Würzburger Straße eine Hauptverkehrsstraße.

Aus den veröffentlichten Unterlagen ergibt sich,

dass in einem Zeitraum von 24 Stunden für 1.060 Betroffene ein Lärmpegel zwischen 55 und 74 Dezibel dB (A)



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

und im Zeitraum **zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr für 751 Betroffene ein Lärmpegel zwischen 50 und 64 Dezibel dB (A)**

besteht.

Zum Nachweis der Gefahrenlage aus Gründen des Lärmschutzes sind als Orientierungshilfe **in Wohngebieten und Schulen Immissionsrichtwerte zwischen 06:00 Uhr und 22:00 Uhr** von 70 Dezibel dB(A) **und zwischen 22:00 Uhr und 06:00 Uhr** von 60 Dezibel dB(A) angeführt. In Dorf- und Mischgebieten liegen die Orientierungswerte tagsüber bei 72 und nachts bei 62 Dezibel dB(A).

Zu gesundheitlichen Auswirkungen und Belästigungen

werden 214 Fälle mit starker Belastung und 55 Fälle mit starker Schlafstörung in den Unterlagen genannt.

Maßnahmen zur Abwendung von Straßenverkehrslärm in Haibach wurden gemäß den vorliegenden Unterlagen im Bereich der Staatsstraße 2312 nicht durchgeführt. Auch sind im 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern für Haibach keine Maßnahmen vorgesehen.

Wir haben uns am Montag dieser Woche erneut per E-Mail an die Regierung gewandt und um Prüfung gebeten, ob die jetzt veröffentlichten Lärmbelastungszahlen nicht doch eine Geschwindigkeitsbeschränkung in der Würzburger Straße begründen können.

Die Gemeinde wurde gebeten einen Fragebogen mit allgemein gehaltenen Fragen auszufüllen; wir würden vorschlagen, dass Sie die Verwaltung ermächtigen den angeforderten Fragebogen auszufüllen.«

Beschluss

Von der Mitteilung wird Kenntnis genommen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, den angeforderten Fragebogen auszufüllen.

Abstimmungsergebnis:

ja: 14 nein: 0

Abstimmungsbemerkung: GR Andrea Stürmer ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

9.	Fortschreibung des Nahverkehrsplans Bayerischer Untermain der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg sowie der Stadt Aschaffenburg – Beteiligung und Einbindung der Öffentlichkeit
-----------	--

Sachverhalt:

Der Gemeinde Haibach wurde per E-Mail am 22. April 2024 wie folgt mitgeteilt:

Sitzungs-Datum
5. Juni 2024Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 UhrSitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /**Gemeinderat****»Fortschreibung des Nahverkehrsplans Bayerischer Untermain – Bürgerinnen und Bürger können Ideen einreichen**

Die Aschaffenburg-Miltenberg-Nahverkehrs-GmbH (AMINA) hat das Unternehmen PTV Transport Consult GmbH mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplans beauftragt. Der Nahverkehrsplan bildet den Rahmen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Region für die nächsten Jahre. Darin werden Standards rund um die Themen Fahrtenhäufigkeiten von Bussen, Erreichbarkeiten von größeren Städten und Orten oder der Gestaltung von Haltestellen und Fahrzeugen definiert.

Unter www.nahverkehrsplan-bayerischer-untermain.de sind die Beteiligung zum Nahverkehrsplan sowie Informationen über den Fortschritt des Nahverkehrsplans zu finden. In der Rubrik „Bürgerbeteiligung“ besteht die Möglichkeit, Anmerkungen und Ideen für den weiteren Planungsprozess an die Arbeitsgruppe zu senden. Bis zum Sommer 2025 soll der neue Nahverkehrsplan vorliegen. Der Nahverkehrsplan für den Bayerischen Untermain wurde erstmals 1999 aufgestellt und seitdem mehrmals fortgeschrieben.

Der Nahverkehrsplan ist in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen und bei Bedarf fortzuschreiben. In der Leitlinie zur Nahverkehrsplanung wird eine Überprüfung in einem Zeitabstand von vier bis fünf Jahren empfohlen. Die letzte Fortschreibung erfolgte 2018. Der Nahverkehrsplan ist das zentrale Instrument zur Steuerung und Entwicklung des ÖPNV. Mit ihm werden wichtige Weichenstellungen und Schwerpunktsetzungen für die Entwicklung des ÖPNV in den kommenden Jahren vorgenommen. Wesentliche Bestandteile sind die Festlegung von Standards für die Erschließungs-, Verbindungs- und Bedienungsqualität.

Die AMINA ist eine gemeinsame Gesellschaft der ÖPNV-Aufgabenträger Stadt Aschaffenburg, sowie der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg mit dem Ziel den Nahverkehr am Bayerischen Untermain weiterzuentwickeln. Nähere Informationen zur AMINA gibt es unter www.amina-verbund.de.

Dr. Georg Pfeleiderer

Geschäftsführer

Aschaffenburg Miltenberg Nahverkehrs-GmbH

Die Veröffentlichung auf der gemeindlichen Homepage und im gemeindlichen Mitteilungsblatt wurde veranlasst.

Beschluss

Von der Mitteilung wird Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:**ja: 15 nein: 0**



Sitzungs-Datum
5. Juni 2024

Uhrzeit von-bis
19:30 Uhr - 20:40 Uhr

Sitzungsort/Gremium
in den Konferenzräumen der Kultur- und Sporthalle /

Gemeinderat

10.	Allgemeines
-----	-------------

Sachverhalt:

Informationen von Bgm. Andreas Zenglein:

10.1. Rahmenplan für die Ortsmitte:

Am Samstag, 22.06., sind voraussichtlich Vertreter von 4 Planungsbüros anwesend. Entsprechende Einladungen werden verschickt. Beginn der Sitzung ist um 8:00 Uhr.

10.2. Anfragen aus dem Gremium

GR Andrea Stürmer fragt auf Grund der häufigen Hochwasserereignisse, wie die weitere Vorgehensweise bzgl. Ausbau Goethestraße geplant ist. Wie lange soll diese Maßnahme noch geschoben werden?

GR Bodo Leiblein spricht sich für eine vorausschauende Beurteilung der Situation aus.

Dipl. Ing. Martin Volk erklärt, dass er vor der Sommerpause noch Termine mit der Regierung und einem Spezialisten bzgl. der Machbarkeit eines „Schwammstadt-Konzeptes“ vereinbaren möchte. Nach den neuesten Ereignissen gibt es Überlegungen, dass die Gemeinden entsprechend definiert die Untersuchungen durchführen sollen.

Hiernach schließt Erster Bürgermeister Andreas Zenglein den öffentlichen Teil der Sitzung.

Vorstehende Niederschrift wurde

am **26.06.2024** genehmigt.

Andreas Zenglein
Erster Bürgermeister

Reiling Silvia
Verwaltungsangestellte